

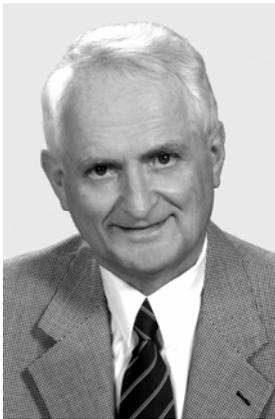
Wahlaussagen -Volksabstimmung-

zu Kommunal- und Landtagswahlen, zur Bundestags- und Europawahl



Arbeit
Frieden
Freiheit
Gesundheit
Gerechtigkeit

Dr.-Ing. Helmut Fleck, Gneisenaustraße 52c, 53721 Siegburg, Tel./Fax: 02241-52830
www.demokratie-durch-volksabstimmung.de, info@demokratie-durch-volksabstimmung.de



Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

87% ¹⁾ der Bürger sind der Meinung, dass das Volk politisch **nichts** zu sagen hat. Wir haben nur eine „**Zuschauerdemokratie**“. Am Wahlsonntag sind wir mündige Bürger, ab Montag nur noch Zuschauer.

Alle Staatsgewalt geht aber vom Volke aus und wird von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt (Art. 20 (2) Grundgesetz).

Also stellen wir uns folgende Fragen und sagen zu ihnen „JA“! Wollen Sie, dass

1. bei Großvorhaben (Stuttgart 21), wichtigen Sachfragen und Gesetzen grundsätzlich bundesweit Volksabstimmungen stattfinden, die mit allgemeinen Wahlen zusammengelegt werden können?
2. mit Leih- und Zeitarbeit Schluss ist und unbefristete Arbeitsverträge mit fairer Tarifbesoldung an die Stelle von Rente mit 67 mit Rentenkürzungen und Grundsicherung (Sozialhilfe) treten?
3. mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, **zinsloses** Geld einer Staatsbank erhalten und Steuergelder zur Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen eingesetzt werden, nicht für Zinszahlungen an Privatbanken?
4. aus allen Einkunftsarten, also auch aus Kapital, Beiträge ins “Soziale Netz” gezahlt werden?
5. Familien mit Kindern weitgehend von Steuern und Abgaben entlastet werden und bei Stellenbesetzungen Bewerber/innen mit Kindern bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden?
6. Deutschland sich das benötigte Geld **zinslos** selber erzeugt (siehe Art. 73 Nr. 4 Grundgesetz: Währungshoheit), statt es von Privatbanken mit hohen **Zinsen** zu leihen und so mindestens **60 Mrd. Euro/Jahr** einspart, die für Arbeits- und Ausbildungsplätze, Bildung, Kindergartenplätze u.a. zur Verfügung stehen?

7. staatliche Zinszahlungen an Privatbanken unterbleiben und alle Banken-Rettungsschirme (EFSF, ESM usw.) storniert werden?
8. innerhalb der EU Zahlungen, Bürgschaften und Garantien für die Schulden anderer Länder unterbleiben?
9. die GEZ und alle Fernseh- und Rundfunkgebühren abgeschafft werden?
10. die Abzocke beim Tanken, auch bei Gas und Strom gestoppt wird, indem der Steueranteil und die Umlage für die erneuerbaren Energien (EEG) reduziert wird?
11. Pensionen und Renten **gleich** behandelt werden (Art. 3(1) Grundgesetz)?
12. im Gesundheitswesen Naturheilverfahren mit der Schulmedizin gleichgestellt werden und Naturheilbehandlungen von den Kassen übernommen werden?
13. alle Abgeordneten, Beamten als Behördenleiter und Richter persönlich und nur auf Zeit unmittelbar durchs Volk gewählt werden?
14. Dienstleistungen von Gerichten und anderen Behörden für natürliche Personen kostenfrei sind?
15. der Anwaltszwang abgeschafft wird?
16. die Strafbarkeit von Meinungen, Gesinnungen, Anschauungen usw. abgeschafft wird?
17. Beamte und Richter für ihr schuldhaft pflichtwidriges Verhalten persönlich haften?
18. jedermann kostenlos Einsicht in alle öffentlichen Akten erhält?
19. die Bediensteten von Ämtern und Behörden mit Ihnen in allgemeinverständlichem Deutsch ohne fremde Fachausdrücke verkehren?
20. die kommunale Grundversorgung (Gas, Wasser, Strom, Abfall) in Gemeindeeigentum und für uns Normalbürger bezahlbar bleibt?
21. die Entwicklung völlig neuer Energieformen („freie Energie“) vorangetrieben wird?

**Die Parteienherrschaft muss durch
Volksabstimmungen demokratisiert werden,
damit Politik für die Menschen gemacht werden kann.**

**Politik für die Menschen,
nicht für die Banken-, Pharma- und Energie-Lobby.**

Wenn Sie uns zu den nächsten Wahlen eine Gestaltungsmehrheit geben, setzen wir (Volksabstimmung) das Programm für Sie zügig um.

Besuchen Sie uns auch auf: www.demokratie-durch-volksabstimmung.de

Ihre Wahlbewerber: Helmut Fleck, Claus Plantiko, Angelika Geerligs

¹⁾ **87%** der Deutschen fordern Volksabstimmungen wie in der Schweiz (Emnid-Umfrage für Bild am Sonntag, 10.03.2013)